



Chronologie 1997 bis 2007

Mehr Demokratie e.V.

Landesverband Baden-Württemberg



Mehr Demokratie e.V.
Landesverband Baden-Württemberg
Landesbüro Stuttgart
Rotebühlstr. 86/1
70178 Stuttgart
Tel.: 0711-5091010
Fax : 0711-5091011
www.mitentscheiden.de

1997

22. November Gründung des Landesverbandes
Ziele: Verbesserung der Regelungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Vorstand: Angelika Segers, Moritz Klingmann und Britta Kurz



Britta Kurz, Moritz Klingmann und Angelika Segers

1998

10. Mai Gesetzentwurf verabschiedet mit den Eckpunkten: keine Themenausschlüsse, kein Zustimmungsquorum, Bürgerentscheide auch in Landkreisen.



20. Juni Start der Unterschriftensammlung.



1999

19. November Neuer Vorstand: Britta Kurz, Angelika Seegers, Martin Brenner, Ralf Scherer, Moritz Klingmann, Roland Geitmann.



Roland Geitmann, Ralf Scherer und Martin Brenner

2000

- 3. März:** Antrag auf Volksbegehren wird mit über 18.000 Unterschriften übergeben.
- 21. März:** Ablehnung des Antrages durch das Innenministerium.
- 4. April** Klage gegen die Ablehnung wird eingereicht.



- 13. Oktober:** Rücknahme der Klage
Die hohen Hürden beim Volksbegehren wären wegen der kurzen Fristen auch nach erfolgreicher Klage nicht mehr überwindbar gewesen.



2001

- März 2001** Postkartenaktion zum Landtagswahlkampf / Bustour durch Baden-Württemberg.

Der Landesverband mischt sich in die Landtagswahl ein und fordert mehr direkte Demokratie im Land mit der Frage: „Verdient eine Regierung unser Vertrauen, die dem Volk nicht vertraut?“ Er verteilt 400.000 Postkarten.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP sieht Verbesserungen bei Bürgerentscheid vor.

- Mai** neuer Vorstand:
Reinhard Hackl, Klaus Wolf
Erste Gesprächsrunde mit Fraktionen und kommunalen Spitzenverbänden.

März 2000: CDU-Innenminister untersagt das Volksbegehren zu einem fairen Bürgerentscheid.

Verdient eine Regierung unser Vertrauen, die dem Volk nicht vertraut?

- Baden-Württemberg hat im Vergleich zu anderen Bundesländern beim kommunalen Bürgerentscheid die engste Regelung und die **nöchsten Hürden**. Die CDU hat in den letzten Jahrzehnten nichts Wesentliches getan, damit wir Baden-Württemberger in Gemeinden und Landkreisen mitbestimmen können.
- In Bayern gibt es seit 5 Jahren einen fairen Bürgerentscheid. Was in Bayern Recht und Gesetz ist, warum sollte dies nicht auch in Baden-Württemberg möglich sein?!
- 1998 haben in Hamburg engagierte Mitglieder von Mehr Demokratie zusammen mit der Bevölkerung faire Regeln für Bürgerentscheide in Stadtbezirken durchgesetzt.

Wir sind **ÜBER-PARTEILICH** - und für faire Volksentscheide im Bund, Land, in der Kommune und auch auf europäischer Ebene!

Weitere Informationen erhalten Sie bei:
Mehr Demokratie e.V., Landesverband Baden-Württemberg
Postfachstraße 46/1, 70372 Stuttgart
Tel.: 0711/509 10 10, Fax: 0711/509 10 11,
E-Mail: bawue@mehrdenkma.de,
Internet: www.mehrdenkma.de



Klaus Wolf und Reinhard Hackl

2002

Juni

Start der Postkartenaktion zur Bundestagswahl: „Sind die Bayern schlauer als der Rest?“
Nach der Ablehnung der Einführung des Volksentscheids durch CDU und FDP im Bundestag mischt sich der Landesverband in den Bundestagswahlkampf ein. In Bayern gibt es faire Volksentscheide, in Deutschland blockiert die CDU/CSU den Volksentscheid.



12. Dezember „Demokratie ist eine süße Sache“ Aktion beim CDU-Landesparteitag in Sindelfingen.

Mit Rosinenbrötchen wendet sich der Landesverband auch direkt an die Delegierten des Landesparteitages.



2003

25. Februar Erste Demokratiegurke für Karlsruher OB (Bürgerentscheid zum Stadtbahntunnel) bei der „Bürgerentscheidsbilanz 2003“.



Klaus Wolf und Reinhard Hackl

10. Mai

Neuer Vorstand: Reinhard Hackl, Gertie Brammer und Hubert Herrmann.



Reinhard Hackl, Gertie Brammer und Hubert Herrmann

24. November Mehr Demokratie, DGB und Naturschutzverbände rufen zur Gründung eines Bündnisses mit dem Ziel der Verbesserung der Bedingungen für Bürgerentscheide im Land auf.



Rainer Bliesener (DGB), Reinhard Hackl und Stefan Rösler (Nabu)

2004

22. März Zweite Demokratiegurke:
Oberbürgermeister von Konstanz (Bürgerentscheid zum Kongresszentrum).



Walter Rügert, Sprecher der Stadt Konstanz, erhält von Reinhard Hackl die Demokratiegurke

6. Februar Gründung des „Bündnisses für mehr Demokratie“
Bündnis führt Gespräche mit den Fraktionsspitzen im Landtag.

25. November Beschluss zur Erarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes.

2005

Mai Neuer Vorstand:
Reinhard Hackl, Hubert Herrmann, Fabian Reidinger.



Reinhard Hackl, Hubert Herrmann, Fabian Reidinger

29. Juli CDU und FDP beschließen Wegfall der Themenausschlüsse, Absenkung des Zustimmungsquorums von 30 % auf 25 % und Verlängerung der Frist von 4 auf 6 Wochen.

24. September Start der Unterschriftensammlung für einen Antrag auf ein Volksbegehren mit einer vierwöchigen Bustour durchs ganze Land.



2006

Februar

Kandidatenwatch zur Landtagswahl in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung.



Gregor Hackmack (abgeordnetenwatch),
Lothar Frick (LpB), Reinhard Hackl

11. März

Demokratietag mit über 100 Infoständen.

Juni:

Dreiwöchige Infotour durch Baden-Württemberg. Infostände in über 10 Städten.

25. November

Mehr Demokratie beschließt Positionen zu Wahlrecht und Volksgesetzgebung auf Landesebene.



2007

22. Juni

Dritte Demokratiegurke an Oberbürgermeisterin von Pforzheim (Bürgerentscheid zur Privatisierung der städtischen Busse).

Zum Bündnis stoßen auch das Evangelische Jugendwerk und der BDJ (katholische Jugendorganisation)



15. Juni

Reform erweist sich besser als gedacht, da auch Bürgerentscheide über Bebauungspläne möglich.
Deshalb Stopp der Volksbegehrenskampagne nach Teilerfolg.

30. Juni

Neuer Vorstand: Reinhard Hackl, Fabian Reidinger, Stefan Schade.
Beratendes Mitglied
Roland Geitmann



Stefan Schade, Fabian Reidinger, Reinhard Hackl, Roland Geitmann

27. November **10 Jahre Mehr Demokratie in Baden-Württemberg mit Innenminister Rech**